

# Entstaatlichung und Soziale Sicherheit

Verhandlungen des 31. Kongresses der  
Deutschen Gesellschaft für Soziologie  
in Leipzig 2002

*Herausgegeben von Jutta Allmendinger*

*Teil 2*



## **BSE – jetzt noch?**

**Eva Barlösius und Regine Rehaag**

Eine berechtigte Frage, schließlich scheint alles wieder im Lot. Zwar wird ein Lebensmittelkandal vom nächsten abgelöst, aber die Aufregung hält sich in Grenzen. Die Verbraucher sind kaum noch zu erschüttern, weder durch Nitrofen in Bio-Eiern noch Chemierückständen in Futtermitteln. Die Lektion, ihre Erwartungen an gesunde und sichere Lebensmittel herunterzuschrauben, haben sie seit BSE gelernt. Vielleicht ist die Abhärtung gegenüber den nachfolgenden Skandalen sogar das bemerkenswerteste Ergebnis des BSE-Skandals. Mit der daraus resultierenden Desensibilisierung hatte sicherlich niemand gerechnet.

Als Ende 2000 das erste deutsche BSE-Rind entdeckt wurde, taten sich plötzlich ungeahnte Räume für einen grundlegenden Wandel der Agrar- und Ernährungspolitik auf. Politiker, Medien und Verbraucher waren begierig, die Botschaft der jahrelang belächelten Streiter für den ökologischen Landbau zu hören. Nachdem eine grüne Ministerin das ehrenwürdige Bundeslandwirtschaftsministerium übernommen und es flugs in Verbraucherministerium umbenannt hatte, schien die Agrarwende - von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht und prinzipiell getragen - nur eine Frage der Zeit. Selbst die wohlorganisierte Agrarlobby muckte für ihre Verhältnisse nur verhalten auf.

Nur manche Pessimisten mahnten - gemacht, gemacht: Die Panik ums BSE, die großen Emotionen, die schaurigen Fernsehberichte, dies alle böte kein stabiles Fundament für eine Agrar- und Ernährungswende, die Jahrzehnte erfordern, Unbequemlichkeiten mit sich bringen und zudem die tägliche Ernährung merklich verteuern würde. Dem ganzen läge ein Missverständnis zugrunde. Die Verbraucher würden bald wieder ihr Rumpsteak, Tafelspieß und Roastbeef in Ruhe genießen wollen, ohne dabei permanent an die Schrecknisse von BSE erinnert zu werden. Spätestens mit Beginn der sommerlichen Grillsaison würden die Fleischtheken nicht mehr gemieden. Dies Vorauszusagen erforderte keine prophetischen Fähigkeiten, sondern nur genaues Hinsehen. Die Bilder aus den Schlachthöfen, die Scheiterhaufen von Kadavern, die massenhafte Tötung von Rindern aufgrund eines bloßen Verdachts schockierte die Menschen. Die Praxis des BSE Skandals rief in ihnen die fundamentale ethische Frage hervor, zu welchem Umgang mit den Tieren – mit der Natur insgesamt – die Menschen berechtigt seien. Ethische Grundfrage nach dem Recht der Tiere, der Natur, können in einer Praxis, die weniger von Ethik als vielmehr von Alltagsmoral geprägt ist, leider nur wenig Gestaltungskraft entfalten.

Trotzdem, man aß – zumindest eine Weile - weniger (Rind-)Fleisch. Dies war aber kein Anzeichen einer Ernährungswende, sondern Ausdruck einer kommunikativen Praxis. Mit dem Verzicht auf Rindfleisch signalisierte man eine Bereitschaft, Angst und Unsicherheit zu zeigen. Essen bzw. Nicht-Essen als kommunikatives Zeichen und eben nicht als Einstieg in eine Ernährungswende. Kaum jemand wagte es noch öffentlich Rindfleisch zu essen, weniger aus Sorge um die Gesundheit, sondern weil er damit die Kommunikationsgemeinschaft verließ. Es entsprach der öffentlich verbreiteten Gesinnung, durch Fleischverzicht Ängste und Misstrauen zu bekunden, obwohl nach der Einführung des BSE-Tests Rindfleisch sicherer war als zuvor und die Mehrheit sich wohl auch nicht persönlich für gesundheitlich gefährdet hielt.

Die Rückkehr zum gewohnten Essalltag nach dem Abklingen des Skandals war somit voraussehbar – selbst die Verbraucher hatten dies stets im Hinterkopf. Damit war die dauerhafte Unterstützung der Agrarwende durch die Verbraucher von Anfang an fraglich.

Wenn es stimmt, dass Skandale Schneisen in festbetonierte Politikbereiche schlagen und damit immer wichtiger werden, als Vorbedingung für einen Wandel in erstarrten Politikbereichen, war es richtig den BSE-Skandal zum Anlass zu nehmen, die Agrar- und Ernährungspolitik endlich zu verändern. Aber ein hastig anberaumter Politikwechsel muss durchgehalten werden, wenn der Skandal verblasst, der Alltag zurückkehrt und man sich nicht mehr auf die medial transportierte Wut und Aufregung der Verbraucher stützen kann. Dies ist das Schicksal einer Politik, die Krisen bedarf, um eine Umorientierung zu beginnen und infolge der Kurzlebigkeit von Themen in der Mediengesellschaft Opfer ihrer symbiotischen Beziehung wird. Lassen die Medien diese Themen fallen, schwindet die politisch nutzbare Ressource öffentlich artikulierter Wut und Kritik.

Die Verbraucher kennen den ihnen zugedachten Part: Angst und Unsicherheit zu beklagen, aber ansonsten beim Gewohnten zu bleiben. Beim BSE-Skandal haben sie dies exerziert und für weitere Skandale quasi eingeübt. Dies erklärt die erstaunliche Gelassenheit bei den nachfolgenden Krisen, zumal die BSE-Krise in Ausmaß Dramatik und Schrecknis kaum zu toppen ist.

Für einen Politikwechsel sind aber Strukturveränderungen, ein neuer Interessenausgleich, die Abschaffung und Neuschaffung von Institutionen notwendig. Dies braucht Zeit und zähes Ringen - kein spannender Stoff für die schnelllebige Mediengesellschaft.

BSE- jetzt noch? „Mehr denn je!“ lautet die Antwort, denn noch sind die Agrar- und Ernährungswende nicht vollzogen. Angesichts des Stoiberschen Kompetenzteams, das kein halbes Jahr nach dem letzten Höhepunkt der BSE-Krise schon die Rückwendung forderte, ist sie sogar mehr als gefährdet. Darum ist es mehr denn je notwendig, die Verbraucher für die Wende zu gewinnen. Dies kann nur gelingen, wenn Ernährungspolitik und –Kommunikation systematischer betrieben werden und nicht mehr alleine von der Willkür der Skandalkonjunkturen abhängig sind.

Eva Barlösius, Regine Rehaag (2003): BSE - jetzt noch? in: Jutta Allmendinger (Hg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Teil 2. Opladen: Leske & Budrich, S. 1152–1154

Am Beispiel der öffentlichen Kommunikation über BSE zu Hochzeiten des Skandals will **Ernährung und Öffentlichkeit\*** Grundzüge der gegenwärtigen Ernährungskommunikation nachzeichnen und Optionen für einen nachhaltigeren gesellschaftlichen Verständigungsprozess über Ernährung aufzeigen. Der Ernährungspolitik sollen Praxisvorschläge an die Hand gegeben werden, wie sich ein partizipativer gesellschaftlicher Verständigungsprozess über Ernährungsfragen anstoßen und langfristig etablieren lässt. Es geht darum, der Eigendynamik und Skandalisierungsstruktur der medialen Inszenierung Räume und Möglichkeiten gemeinsamer gesellschaftlicher Verständigungsprozesse entgegenzusetzen.

\* eins von vier Modulen des Verbundprojektes „Ernährungswende“, das im Forschungsschwerpunkt sozial-ökologische Forschung des BMBF angesiedelt ist. Das KATALYSE Institut für angewandte Umweltforschung, Köln führt diese Untersuchung gemeinsam mit Eva Barlösius / WZB durch,

Ansprechpartnerin Regine Rehaag, [rehaag@katalyse.de](mailto:rehaag@katalyse.de)